

Neue Busse für die MVG

Zweite Fläche für Rollstühle, Fahrräder und Kinderwagen / Optimierter Fahrerplatz

MÄRKISCHER KREIS - Seit Anfang des Jahres verfügt die Märkische Verkehrsgesellschaft (MVG) über neun neue Linienbusse. Die Fahrzeuge vom Typ Mercedes-Benz Citaro 2 sind nach Unternehmensangaben die ersten sogenannten Niederflur-Low-Entry-Busse im Fuhrpark der MVG.

„Low-Entry“ werde bereits seit einigen Jahren vom Hersteller Daimler/EvoBus als Modell-Variante angeboten. Die MVG habe jedoch erstmals Busse mit dieser Ausstattung geordert. Sie verfügen – wie die bisherige Niederflur-Busse – über einen niederfluriger Innenraum vom vorderen bis zum hinteren Türbereich. Der hintere Sitzbereich, in dem ein zusätzlicher Informationsmonitor angebracht ist, ist erhöht, sodass mehr Platz für technische Aggregate zur Verfügung steht. Zudem sei eine Reisebus-Komfort-Hinterachse im Fahrzeugheck verbaut. Die zentralere Anordnung der 354 PS starken Motoren und allen weiteren Aggrega-

ten erleichtere die Werkstatt- und Wartungsarbeiten. Zudem werde durch eine bessere Gewichtsverteilung im Fahrzeugheck der Verschleiß beispielsweise der Reifen verringert.

Um mögliche Konflikte zwischen Rollstuhlfahrern, Fahrradfahrern, Fahrgästen mit Kinderwagen und Rollatoren zu vermeiden, besitzen die neuen Fahrzeuge wieder eine zweite Sondernutzungsfläche. Dort befinden sich ein zusätzlicher Rollstuhlplatz und weitere Halterungen, um Rollatoren zu befestigen. Diese Ausstattung der MVG-Busse sei beispielhaft für ein regionales Unternehmen. Sitzbezüge, Bodenbeläge und Verkleidungen wurden farblich aufeinander abgestimmt und sollen mit der LED-Innenbeleuchtung harmonisieren. Diese könne zusätzlich von den Fahrern gedimmt werden, um nachts und in der Dämmerung Lichtreflexionen im Bus zu minimieren.

LED-Leisten an den Einstiegstüren

Neue Beleuchtung soll auch zu einem sichereren und schnelleren Ein- und Aussteigen beitragen. Unterhalb der Einstiegstüren befinden sich LED-Leisten, die an den Haltestellen entweder grün oder rot leuchten. Wartenden Fahrgästen werde so signalisiert, ob sie einsteigen können (grün) oder nicht (rot). Dies gelte insbesondere für den Einstieg an den hinteren Türen der Gelenkbusse.

Für mehr Sicherheit sollen auch Brandlöschanlagen und Videoüberwachungsanlagen sorgen. Die Euro 6-Citaro 2-Busse seit 2014 sind die ersten Linienbusse der MVG, die neben einer Brandmeldeanlage eine Brandlöschanlage besitzen. Sie ersticken im Falle eines Falles ein Feuer im Motorraum. Seit 2009 verfügen die Neufahrzeuge der MVG auch über Videoüberwachungsanlagen, um potenzielle Straftäter abzuschre-

cken, das Sicherheitsgefühl der Fahrgäste zu erhöhen und Vandalismus zu bekämpfen.

In enger Abstimmung mit den Fahrern habe die MVG den Fahrerplatz der neuen Busse eingerichtet. Hierzu zählen ein ergonomisch optimierter Fahrersitz, eine verbesserte Anordnung von Fahrausweisdrucker und Geldwechsler sowie eine zusätzliche Sonnenblende vorne links. Eine Erleichterung für die Fahrer sei auch, dass die Innen- und Außenspiegel elektrisch verstellt werden können.

Zwei der neun neuen Fahrzeuge, die wie weitere 46 von insgesamt 135 Linienbusse mit Motoren der Abgasnorm Euro 6 unterwegs sind, sind in der Betriebsstelle Iserlohn-Calle stationiert, fünf in Lüdenscheid und zwei in Plettenberg. Sie bieten 70 Stehplätze und 33 Sitzplätze in der Ausstattung mit Rundsitzecke (fünf Busse) bzw. 35 mit der Vollbestuhlung (vier Busse).

12.07.2018

Lüdenscheider Nachrichten

Deutlicher Rückgang

ugendämter: Weniger Schutzmaßnahmen

MÄRKISCHER KREIS - Im Jahr 2017 haben die Jugendämter im Märkischen Kreis 173 Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche ergriffen. Wie Information und Technik Nordrhein-Westfalen als Statistikstelle des Landes mitteilt, waren das 115 Maßnahmen weniger als 2016. Schutzmaßnahmen (Inobhutnahmen) werden vom Jugendamt durchgeführt, wenn ein unmittelbares Handeln zum Schutz von Minderjährigen in Eil- und Notfällen als geboten erscheint.

Der Rückgang ist maßgeblich auf die Abnahme der Zahl von unbegleiteten Einreisen aus dem Ausland zurückzuführen. Im Jahr 2016 wurden mit 118 Fällen von

288 noch gut 40 Prozent aller Schutzmaßnahmen aus diesem Grund ergriffen, 2017 war es nur noch gut ein Viertel (36 Fälle). Seit dem 1. November 2015 werden minderjährige Flüchtlinge, die unbegleitet nach Deutschland einreisen, gleichmäßig auf Bundesländer und Kommunen verteilt. Davor wurden die jungen Flüchtlinge vom Jugendamt an ihrem Einreiseort in Obhut genommen.

Knapp zwei Drittel der im vergangenen Jahr im Märkischen Kreis unter den Schutz des Jugendamtes gestellten Kinder und Jugendlichen waren Minderjährige ab 14 Jahren (106). 143 Maßnahmen erfolgen wegen einer Gefährdung, 30 auf eigenen Wunsch des Kindes.

12.07.2018

Lüdenscheider Nachrichten

„Gemeinsam schaffen wir das“

Wie Inklusion auch nach dem Abzug der Förderschullehrer gelingen kann

Von Frank Jungbluth

Iserlohn. Der unruhige Geist aus der Sechsten hat später einen Riesenschritt nach vorne gemacht. „Hauptschulabschluss Typ B, Fachoberschulreife, er kann jetzt auch noch sein Abitur machen“, sagt Oliver Dege (46), Leiter der Martin-Luther-Hauptschule. „Inklusion“, sagt er, „ist grundsätzlich gut, aber die Wege dahin sind schwierig. Wir brauchen Förderschullehrer, Klassenassistenten, viel Geduld und Weiterbildung“. Inklusion lohnt sich, man kann Erfolge erreichen, weiß der Pädagoge.

Das Kollegium der Martin-Luther-Hauptschule ist sich einig. „Wir wollen weiter Schwerpunkt-schule sein. Aber die Art und Weise, wie das von oben organisiert wird, stellt uns vor große Probleme“, weiß Schulleiter Dege.

Kollegien rücken enger zusammen

Und wie sein Kollege Rudolf Holtappel, der nach 41 Jahren und 251 Tagen mit dem Beginn der Ferien in den Ruhestand geht, hofft er, dass man auch ohne Förderschullehrer – die kurzfristig gestrichen worden sind – die Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf erfolgreich in den Regelunterricht „mitnehmen“ kann.

„Wenn man uns fragen würde, hätten wir Ideen“, sagen die Lehrer Dege und Holtappel. „Aber uns

Praktiker fragt ja keiner.“ Klar ist für die Pädagogen, dass die Art und Weise, mit der Inklusion bisher durchgesetzt werden sollte, der falsche Weg war. „Erst wird den Leuten erzählt, es gebe demnächst keine Förderschulen mehr, dann setzt man den Notenschnitt für Studienanfänger so weit nach oben, dass niemand mehr den Studiengang wählt; und dann wundert man sich, dass es keine Förderschullehrer mehr gibt“, beschreibt Rudolf Holtappel die Misere, die jetzt alle Iserlohner Schulen erreicht hat, an denen Inklusion seit Jahren erfolgreich versucht wird.

„Dabei ist die Idee dahinter gut, aber das geht eben nicht mit der Brechstange“, meint Hauptschul-Direktor Dege, der sich erst geärgert hat über die Ankündigung, dass Förderschullehrer von der inklusiven Schule zurück an die Fachschule beordert werden. „Auch wir haben das erst aus der Zeitung erfahren.“ Inzwischen geht Oliver Dege das Thema pragmatisch an. „Wir haben im Kollegium zwei Lehrer ausgewählt, die sich des Themas Inklusion schwerpunktmäßig annehmen. Wir beraten uns mit den Kollegien der anderen Schulen und auch mit den Lehrerinnen und Lehrern der Brabeck-schule, wie wir uns gegenseitig auch unter den misslichen Umständen helfen können.“

„Langfristig“, meint Direktor

Dege, müsse man die Inklusion neu denken. „Wir brauchen manchmal auch nur Fachleute, wenn wir Probleme mit Schülern haben, die sozial-emotionalen Förderbedarf haben. Wenn es kritisch wird, reicht es schon, wenn da jemand ist, der mit dem betreffenden Schüler nach draußen geht, um die Situation zu beruhigen. Der Lehrer, der gerade unterrichtet, kann das nicht leisten, es gibt ja noch 30 andere in der Klasse.“

„Ich bin von der inklusiven Schule überzeugt, aber wir brauchen Leute.“

Oliver Dege, Leiter der Martin-Luther-Hauptschule Iserlohn

Schulassistenten könnten das sein, vielleicht auch Erzieher. „Es geht eben nicht darum, die Kinder auszugrenzen, ich bin von der inklusiven Schule überzeugt, aber ohne geschultes Personal wird das auf Dauer nicht gelingen. Gemeinsam schaffen wir das.“

270 Schülerinnen und Schüler werden derzeit von 26 Lehrkräften an der Martin-Luther-Hauptschule unterrichtet. 15 Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf werden zum neuen Schuljahr an der Martin-Luther-Schule unterrichtet.

12.07.2018

Iserlohner Kreisanzeiger und Zeitung

Der Pressespiegel erscheint werktäglich
Wiedergegebene Auszüge sind die Meinung des
jeweiligen Autors oder Publikationsorgans.
Eine Wertung durch den Märkischen Kreis
ist damit nicht verbunden.

**Für den Pressespiegel werden
regelmäßig ausgewertet:**

Zeitungen:

Allgemeiner Anzeiger
Altenaer Kreisblatt
Iserlohner Kreisanzeiger
Lüdenscheider Nachrichten
Meinerzhagener Zeitung
Süderländer Tagesblatt
Süderländer Volksfreund
Westfalenpost Hagen
Westfalenpost Menden

Zum Abschluss Eis für alle

Abschied von der Friedensschule / Dank und lobende Worte von allen Seiten

Von Martin Messy

LÜDENSCHIED ■ Ein paar Tränen flossen schon, als Schulleiter Lothar Büth „seine“ Schülerinnen und Schüler verabschiedete. Denn die Friedensschule ist seit gestern Geschichte.

Schülervertreter bedankten sich bei dem ausgewiesenen BVB-Fan, der regelmäßig auf der Südtribüne in Dortmund zu finden ist, mit einem Plakat, auf dem der Titel eines seiner Lieblingslieder gemalt war: „You never walk alone“.

Wohl alle der gut 100 Schü-

ler seien schon einmal in seinem Büro gewesen, meinte Büth, der mit Stolz daran erinnerte, dass Schüler kürzlich bei einem Fußballturnier, als es hitzig zugeing, den Konflikt ohne Gewalt gelöst hätten. Nicht nur dafür gab es Anerkennung sowie für die Jugendlichen eine Freikarte fürs Nattenberg-Bad.

Aber auch die Schüler sparten nicht mit Lob für Lothar Büth, den sie als „Freund der Schüler“ bezeichneten, der immer für sie da gewesen sei.

Der gab ihnen mit auf den Weg, das Leitbild der Schule auch auf ihrem weiteren Lebensweg zu beherzigen – als Mitglied der Gesellschaft für seine Zukunft zu sorgen und sich an die Regeln zu halten.

Der Schritt zu einem inklusiven Unterricht sei sicher zu schnell erfolgt, meinte Büth, „Der Prozess war dann einfach nicht mehr aufzuhalten.“ Mit der Auflösung der Schule müssen die Förderschüler nun zur Mosaikschule in Mühlenrahmede.

Sicherlich sei es traurig,

wenn man einen Ort verlassen müsse, an dem man sich wohl gefühlt habe, sagte Bürgermeister Dieter Dzewas. Gleichzeitig appellierte er an die Jugendlichen, sich in der Schule einzusetzen, denn die Chancen, einen Ausbildungsplatz zu bekommen, seien heute auch für Förderschüler besser als noch vor Jahren. Als finale Überraschung gab's Eis für alle vom Stadtoberhaupt. Der Eiswagen wartete auf dem Schulhof.

12.07.2018

Lüdenschieder Nachrichten

Jetzt erheben die Hauptschüler ihre Stimme

Vier Noch-Neuntklässler schlagen wegen des Abzugs der Sonderpädagogen von ihrer Schule Alarm

Von Oliver Bergmann

Letmathe. Schulleiter, Politiker, Eltern und Entscheidungsträger auf Kreis- und Regierungsbezirksebene haben sich in den vergangenen Wochen zum bevorstehende Abzug der Sonderpädagogen von Iserlohns Regelschulen geäußert. Alarm geschlagen wurde zuerst in Letmathe. Von der Aucheler Straße melden sich jetzt Marie, Chara, Dario und Tommy zu Wort.

Die vier sind alle 15 Jahre alt und besuchen die 9a der Hauptschule. Von der Vorfreude auf sechseinhalb Wochen Ferien und ihr letztes Schuljahr, das sich daran anschließt, ist bei ihnen allerdings nicht zu spüren. Zu sehr beschäftigt und belastet sie die Ungewissheit, wie es weitergehen soll – ohne die

„Auch diejenigen, die keinen Förderbedarf haben, werden von den zusätzlichen Kräften unterstützt“

Dario Renfordt, Klassensprecher 9a

zusätzliche Unterstützung. „Wir wollen und müssen ein Zeichen set-

zen, denn diese Entscheidung hat für alle schwere Folgen“, sagt Marie. Tommy nickt zustimmend. Bei ihm hat in der Vergangenheit Förderbedarf mit dem Schwerpunkt Lernen bestanden, er ahnt, was die Stunde geschlagen hat. „Man braucht für bestimmte Dinge einfach mehr Zeit.“ Er beschreibt eine typische Situation: „Ich habe im Mathe-Unterricht Zahlen gesehen, wusste aber nichts damit anzufangen.“

Sorge vor der neuen Situation im neuen Schuljahr

Es waren dann jene Förderlehrer, die ihm auf die Sprünge geholfen haben – mit Erfolg. Heute ist er nicht mehr als Schüler mit Förderbedarf klassifiziert. Chiara ist allerdings auf diese Unterstützung weiterhin angewiesen. „Wenn ich nach den Ferien wieder zur Schule komme, einfach nur dasitzen und nicht weiß was ich machen soll, ist das schon ziemlich blöd. Dario ist zugleich auch Klassensprecher. Er spricht einen Punkt an, der bei der Diskussion gerne vernachlässigt wird. „Auch diejenigen, die keinen Förderbedarf haben, werden von den zusätzlichen Kräften unterstützt, denn wir sind 26 Schüler. Das ist für einen Klassenlehrer ziemlich viel.“ Er hält es für eine „Frechheit“, dass das Thema erst so knapp vor

den Ferien aufgekommen ist. „Man kann dadurch eigentlich nicht mehr handeln.“ Gar nichts zu unternehmen kam für die Vier aber auch nicht in Frage. „Trotzdem wollen wir ein Zeichen setzen und zeigen, dass wir eine Stimme haben. Und die Verantwortlichen dürfen ruhig mal mitbekommen, dass sie Mist gebaut haben“, sagt Marie.

Schüler sorgen für möglichst große Aufmerksamkeit

Mit ihren Klassenkameraden zieht sie vor allem in den sozialen Netzwerken alle Register, um auch dort auf die Situation aufmerksam zu machen. Chiaras Mutter hat auf ihrer Facebook-Seite einen offenen Brief an Tanja Tschöke, die zuständige Schulaufsichtsbeamtin des Märkischen Kreises, geschrieben, der bis zum frühen Mittwochnachmittag 90 Mal geteilt wurde. Ihre Tochter gehört zu den Hauptschülern, die in Klasse zehn ein Ganzjahrespraktikum absolvieren.

Immerhin: Einen entsprechenden Platz in einer Tierarztpraxis hat sie sicher. Unter dem Namen „racingtommy“ macht der frühere Förderschüler auf Instagram auf die Situation aufmerksam. Die Gruppe hat sich außerdem vorgenommen, eine Unterschriftenaktion zu starten.

12.07.2018

Iserlohner Freisanzeiger und Zeitung

Elternschaft zieht auch eine Klage in Erwägung

Aus dem Umfeld der Realschule ist ein Schreiben zur Bezirksregierung geschickt worden

Mit einem von Emre Yenen verfassten offenen Brief hat sich nun auch die Elternschaft der Realschule Letmathe in die Sonderpädagogen-Diskussion eingeschaltet. Adressat ist die Kontaktstelle der Bezirksregierung Arnberg für schulfachliche Fragen aus dem Realschulbereich.

„Dieses Schreiben erfolgt im Namen vieler Eltern, der Inklusionskinder aber auch einer breiten Masse von Eltern von Nicht-Inklusionskindern, die äußerst besorgt und vor allem auch verärgert über die Entscheidung der Bezirksregierung Arnberg ist. Den Inklusionskindern wird mit dem Abzug der Sonderpädagogen die Basis für Inklusion schlichtweg entzogen.

Die Kinder werden fallen gelassen, obwohl bei der Schulauswahl geltende Rechtsansprüche in der Umsetzung versprochen wurden. Diese Kinder haben laut Gesetz das

Recht auf eine sonderpädagogische Förderung. In diesem Kontext wurden langfristige Förderpläne erstellt und diese den Eltern vorgestellt. Die rigorose Art und Weise, wie die Schulen und die Eltern mit dem Abzug der Sonderpädagogen konfrontiert werden, lässt unabhängig von der rechtlichen Seite nur darauf schließen, dass bei den Verantwortlichen eine absolute Gleichgültigkeit herrscht. Der Abzug bedeutet eine Bankrotterklärung! Mögliche punktuelle Lösungen wie flexible Bedarfsabdeckungen sind in keinsten Weise eine hinnehmbare Alternative. Denn für Schüler mit Förderbedarf ist es wichtig, einen dauerhaften Ansprechpartner zu haben. Eine positive Entwicklung der Kinder ist ohne sichergestellte, kontinuierliche Bindung kaum möglich.

Sie können sich vorstellen, welche Unruhe Sie auch bei den übrigen

Eltern von Nicht-Inklusionskindern in das Schulleben hineingebracht haben. Die Befürchtungen dieser Eltern, dass die Unterrichtsqualität in Gänze abnimmt, ist berechtigterweise extrem hoch. Den Wegfall der Sonderpädagogen können die Lehrkräfte neben dem ursprünglichen Unterricht definitiv nicht kompensieren. Somit fordern wir Sie auf, schnellstmöglich Ihre Entscheidung nochmals zu überdenken und im Sinne der Kinder eine Lösung dafür zu finden, dass ein(e) Förderlehrer(in) an der Realschule abgeordnet wird und zwar mit der Stundenanzahl, die der Schule zusteht. Sollte sich entgegen unseren Erwartungen keine akzeptable Lösung anbahnen, so können Sie fest davon ausgehen, dass wir jeden rechtlichen und öffentlichen Weg gehen werden, um unserer Stimme Gehör zu verschaffen.“

12.07.2018

Freierlohner Kreisanzeiger und Zeitung

„Kleine Oase“ soll attraktiver werden

Gemeinderat gibt grünes Licht / Zusätzliche Gelder für Glörtalsperre

Von Martin Meyer

Schalksmühle/Breckerfeld

▪ Es gibt drei Dinge, über die aus Sicht von Bürgermeister Jörg Schönenberg in Bezug auf die Glörtalsperre nicht gestritten werden kann – erstens die Staumauer, zweitens die Zufahrtsstraße und drittens der Standard für den Badestrand. Dem stimmen auch die heimischen Politiker zu.

Unter dem Tagesordnungspunkt 10 „Haushaltsüberschreibung Zuschuss Freizeitschwerpunkt Glörtalsperre GmbH“ ging es in der Sitzung des Gemeinderates am Dienstag um die Finanzierung von Maßnahmen an dem beliebten Ausflugs- und Freizeitziel.

Wie in den Vorjahren wurde im Haushalt 2018 der Ge-

meinde ein Betrag von 4000 Euro für die Glör zur Verfügung gestellt. Für das laufende Haushaltsjahr ergibt sich aber wegen wichtiger Reparaturmaßnahmen an der Staumauer und wegen der Steigerung der Attraktivität des Badestrandes ein zusätzlicher Mittelbedarf (drei Prozent des Gesamtbedarfs der GmbH). Die Deckung erfolgt aus Mehrerträgen bei der Gewerbesteuer.

Ohne Wasser Möglichkeiten offen

Auch für das kommende Haushaltsjahr sollen zusätzliche Gelder eingeplant werden. Der erhöhte Finanzbedarf soll ohne Sockelbetrag für 2019 12 000 bis 15 000 Euro betragen. „Gerade jetzt, wo kein Wasser vorhanden

ist, hat man die Möglichkeit, Maßnahmen durchzuführen“, sagt der Bürgermeister. Gerade in Bezug auf die Sanierung der Staumauer sollte man am Ball bleiben. „Das Mindeste ist zu wenig.“

Geld für Erholung der Bürger anlegen

Als große Ziele hat der Freizeitschwerpunkt Glörtalsperre neben der Instandsetzung der Mauer auch die Sanierung der Zufahrtsstraße und die Aufwertung des Badestrandes. „Diese kleine Oase ist von großer Bedeutung für alle Anrainer. Das Geld ist für die Erholung der Bürger gut angelegt. Die Standards müssen gefördert werden.“ Nicht nur die Besucher, auch die Jugendherberge und die Gastronomie an der Glör werden

von den Maßnahmen profitieren.

Das sieht die Politik genauso und stimmt deshalb einstimmig für die Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 zu.

Mittelbedarf

- Fehlbetrag aus laufendem Betrieb: 5211 Euro
- Anteil an der Staumauer: 4830 Euro
- Anteil an anderen Maßnahmen: 537 Euro
- Anteil an Glör 365: 3000 Euro
- Flurbereinigungsverfahren (einmaliger Zuschuss): 10 000 Euro
- Sockelzuschuss laut Gesellschaftsvertrag: 3750 Euro
- Summe: 27 328 Euro

12.07.2018

Meinerzhagener Zeitung

Herscheid spart Energie

Planungsausschuss stimmt für Klimaschutzkonzept mit dem Märkischen Kreis

Von Marie Veelen

HERSCHEID • Seit Jahren beschäftigt sich die Gemeinde Herscheid mit dem Thema Klimaschutz, wenn es zum Beispiel um energiesparende Maßnahmen in öffentlichen Gebäuden oder bei der Straßenbeleuchtung geht. Nun möchte sie sich auch an der Aufstellung eines interkommunalen Klimaschutzkonzeptes unter der Koordination des Märkischen Kreises beteiligen.

Was wird bisher für Energieeinsparungen und somit den Klimaschutz in der Ebbe Gemeinde getan? „Wir haben vor allem in LED-Beleuchtung investiert“, erklärt Bauamtsleiter Lothar Weber. In diesem und im letzten Jahr wurden die Lampen im Alt- und Mittelbau des Rathauses von Halogen- auf LED-Lampen gewechselt und auch bei der Straßenbeleuchtung habe die Gemeinde einige Straßenzüge bereits auf LED umgerüstet – von 950 Lichtpunkten sind es bisher zehn Prozent und in Zukunft möchte man noch mehr Straßenzüge austauschen. Wenn Lampen neu installiert werden, wie zum Beispiel in am Rotmilanweg und am Kreisel Grünenthal, setze die Gemeinde sofort LED-Lampen ein.

„Irgendwann wird sich die Investition rechnen“, erklärt Weber, zumal die Gemeinde für energiesparende Maßnahmen teilweise auch Fördermittel bekommt. Die Lebensdauer einer LED-Lampe sei zudem länger; sie wird auf 20 Jahre geschätzt. An einigen Lampen seien auch Dimmer angebracht worden und an

anderen Stellen passte die Gemeinde die Brennzeiten der Straßenbeleuchtung an, sodass zum Beispiel am Wochenende die Laternen bis 1 Uhr in der Nacht leuchten, in der Woche jedoch nur bis Mitternacht.

Auch in den Jahren davor habe sich die Gemeinde schon bemüht, Energie zu sparen. Von 2008 bis 2010 wurde zum Beispiel in einem ersten Schritt bei der Straßenbeleuchtung von Quecksilberdampflampen auf Natriumdampflampen umgerüstet. Die Lampen benötigten deutlich weniger Watt, die Lichtverhältnisse seien jedoch unverändert geblieben. Davor seien in einem ersten Schritt Vorschaltgeräte angebracht worden.

Um Energie zu sparen wurden in der Vergangenheit ebenfalls Fenster in öffentlichen Gebäuden ausgetauscht, Dämmungen an der Schule und im Baubetriebshof nachgerüstet sowie Heizungen im Rathaus, im Jugendzentrum, beim Bauhof und in einigen Feuerwehrgerätehäusern auf andere Energiequellen umgestellt, wie zum Beispiel von Öl auf Gas. So auch am Schulzentrum Rahlenberg. Hier wurde zuerst von einem Ölheizkessel auf eine Holzhackschnitzanlage umgerüstet, die nun durch eine Gasheizung ersetzt wurde. Mit dem Bau des Bildungszentrums werden die Schule und die Turnhalle nun zum einen separat beheizt und zum anderen soll die Beheizung im Bildungszentrum mit einer Gas Brenn-

wertheizung mit neuer Luftwärmepumpe noch effektiver sein.

Auch im Freibad wurde einiges für den Umweltschutz getan. Auf dem Dach befindet sich eine sogenannte Absorberanlage, durch die die Sonnenenergie genutzt wird, um das Wasser zusätzlich zur Gasheizung für das Schwimmbaden zu erwärmen, sodass rund 20 Prozent an Energie durch Gas eingespart werden kann. An dieser Stelle müsse man jedoch überlegen, erklärte Lothar Weber, ob in Zukunft etwas Effektiveres eingebaut werden müsse, ein moderneres System, um die Sonnenenergie besser nutzen zu können.

„Energie zu sparen fängt schon bei der Planung an“, erklärt der Bauamtsleiter. So achte die Gemeinde in einem Neubaugebiet darauf, dass die Bauherren die Möglichkeit haben, ihr Haus so zu bauen, dass die Dächer zur Sonne ausgerichtet werden können, um die Sonne optimal zum Energiegewinnen zu nutzen und auch Gasleitungen seien zum Beispiel am Rotmilanweg verlegt worden.

Ein Klimaschutzkonzept für die Gemeinde wäre laut Planungs-, Bau- und Umweltausschuss eine sinnvolle Grundlage, um die bestehenden Maßnahmen zu systematisieren und neue Handlungsfelder zu entwickeln beziehungsweise eine Planungshilfe bei deren Umsetzung. Finanzschwache Kommunen, zu denen auch die Gemeinde Herscheid gehört, werden bis

zu 90 Prozent gefördert.

Der Märkische Kreis hatte seit 2013 ein Klimaschutzkonzept, erfüllt jedoch nach fünf Jahren nicht alle Kriterien, die für eine öffentliche Förderung erforderlich sind. Der Kreis hat nun beschlossen, kein neues Konzept zu erstellen, sondern die Kommunen, die kein eigenes Konzept haben – meist kleinere –, zu unterstützen. Die Kosten hängen dabei vom Umfang des Konzeptes ab und beinhaltet den Ist-Zustand, eine CO₂-Bilanz und erforderliche Maßnahmen zur Klimaverbesserung.

Bisher haben sich sieben Kommunen bereit erklärt, sich an dem Konzept zu beteiligen. Im Planungs-, Bau- und Umweltausschuss wurde einstimmig dafür gestimmt, dass sich auch die Gemeinde Herscheid beteiligt, dabei sollen jedoch die Kosten 2 000 Euro nicht überschreiten.

Der Verbrauch

Der Heizenergieverbrauch in gemeindlichen Gebäuden konnte von 2002 bis 2016 um 25,1 Prozent gesenkt werden. Das Ziel des Klimaschutzgesetzes der Landesregierung, bis 2020 die Treibhausgasmission um mindestens 25 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 zu senken, hat Herscheid bereits erreicht und strebt eine weitere Reduzierung an. Allein durch die Umrüstung im Rathaus auf LED-Lampen wurden 343 Tonnen CO₂ eingespart und 76 Prozent an Strom. Durch den geringeren Stromverbrauch werden zudem die Kosten gesenkt.

12.07.2018
Süderländer Tageblatt

Tonnenweise Gift und riesige Berge von Müll

Für Abriss der AvB-Ruine und Sanierung des Geländes könnte noch in diesem Jahr der Startschuss fallen

Von Reinhard Köster

Hemer. Mit der Baugenehmigung für ein Millionenprojekt wird im Herbst gerechnet, so dass es nach Möglichkeit noch in diesem Jahr losgehen kann. Wobei es sich bei der „Baugenehmigung“ eigentlich um eine Rückbau-, also Abrissgenehmigung handelt. Der Abbruch der ehemaligen Firma Adolf vom Braucke (AvB) und der benachbarten Firma Nadler im Ihmerter Tal ist eine Aufgabe, die die Stadt endlich erledigen will. Allerdings unterstützt von einem starken und auf solche Vorhaben spezialisierten Partner: Der Verband für Flächenrecycling und Altlastensanierung NRW (AAV) übernimmt nicht nur die Planung und sachgerechte Ausführung, sondern trägt auch 80 Prozent der Kosten für den Abriss der Gebäude beziehungsweise Ruinen sowie der Sanierung des hochgradig mit Schadstoffen belasteten Bodens.

Einsturz- und Lebensgefahr wachsen weiter an

Und diese Kosten belaufen sich allein für den Abriss auf 3 Millionen Euro, erläutert der Technische Beigeordnete der Stadt Hemer, Christian Schweitzer. Diese enorme Summe ist aus einem Bündel von Gründen plausibel. So müssen die völlig maroden und deshalb akut einsturzgefährdeten Gebäude Stück für Stück von außen mit schwerem Gerät eingedrückt werden. Christian Schweitzer: „Drinnen darf sich grundsätzlich niemand mehr aufhalten, geschweige beim Abriss

oder sonst irgendwie arbeiten. Es besteht höchste Lebensgefahr.“ Teuer wird der Abriss aber auch, weil der Ihmerter Bach unter der alten Fabrik verläuft und mit großem Aufwand vor den Schadstoffen als auch vor einem ungewollten Rückstau geschützt werden muss.

Einige Zahlen machen deutlich, welches Gefahrenpotenzial in dem verfallenen Gemäuer lauert. Allein gilt es schätzungsweise 40 Tonnen asbesthaltiges Material zu sichern, abzutransportieren und sachgerecht zu entsorgen. Dazu kommen etwa 260 Tonnen mehr oder weniger mit Giftstoffen belasteter Beton und Ziegelschutt. Etwa 300 Kubikmeter von Müll und Schrott, die noch in den teils verfallenen Hallen herumliegen sowie allein 250 Altreifen stellen da noch ein vergleichsweise geringes Problem dar. Und in all diesen Zahlen sind die Risiken, die vermutlich noch im Boden lauern, nicht eingerechnet.

Der Grad der Bodenbelastung ist noch ungeklärt

Wie Christian Schweitzer erläutert, kann die Bodenanalyse erst vorgenommen werden, wenn die komplette Bebauung auf dem Areal verschwunden ist. Das wird nicht vor der zweiten Hälfte des kommenden Jahres der Fall sein. Und erst wenn feststeht, welcher Sanierungsaufwand für das Erdreich betrieben werden muss, können die Kosten dafür berechnet werden. Aber auch dafür steht der Altlasten-Verband voraussichtlich mit einem 80-pro-

zentigen Zuschuss parat.

Beim nächsten Schritt wird der AAV dann aber nicht mehr im Boot sein: Der künftigen Nutzung. Dabei steht bislang erst fest, dass auf dem ehemaligen Industriegelände ein großes Regenrückhaltebecken entstehen soll – ein Bauwerk, das eine wichtige Funktion für den Hochwasserschutz im Ihmerter Tal bis hinunter nach Westig und selbst für die Innenstadt haben wird. Dieses Becken wird kein Bauwerk aus Beton sein, sondern eine riesige „grüne“ Wanne, die bei unwetterartigen oder lang anhaltenden Regenfällen bei Bedarf Wassermassen aufnehmen soll, bevor sie kontrolliert über den Bach abgeleitet werden. Was mit dem übrigen Gelände passiert, steht laut Christian Schweitzer noch nicht fest. Eine Ausweisung als Gewerbegebiet hält er allein schon wegen der abseitigen Lage und schlechten Verkehrsanbindung eher für ausgeschlossen. Für den Bau des Regenrückhaltebeckens werde die Stadt natürlich versuchen entsprechende Fördertöpfe anzuzapfen, um da nicht allein die Kosten tragen zu müssen.

„Das Ganze ist eine Riesenherausforderung für alle Beteiligten, aber für die Stadt Hemer dank der Unterstützung durch den AAV eine Riesenchance, diesen Schandfleck und Gefahrenherd endlich loszuwerden“, sieht Christian Schweitzer den kommenden Monaten und Jahren mit Spannung entgegen.

12.07.2018

Wferlohner Freisanzeiger und Zeitung

Primusschüler erkunden die Talsperre

Im Projekt „Märkischer Kreis“ lernen die Kinder der Igel- und Giraffengruppe die Region kennen

SCHALKSMÜHLE ▪ Derzeit führen Schüler der Primusschule Schalksmühle das Projekt „Märkischer Kreis“ durch. Mit Begeisterung erforschen und erstellen die Kinder der Igelgruppe (Ulrike Hübner) und der Giraffengruppe (Sabine Wohlrath) ein eigenes Forscherheft zum Projekt-Thema. Dazu gehört es auch, dass sie sich mit Sehenswürdigkeiten und Naherholungsgebieten auseinandersetzen.

Da die Schalksmühler ja mit der Glörtalsperre eine von zehn Talsperren im Kreis nahezu vor der Haustür haben, haben die Lehrer kurzerhand entschlossen, mit den Kindern die Glör und ihre Umgebung zu erkunden. Es lag ihnen am Herzen, dass alle Kinder die Glör kennen und als Ausflugsziel nutzen können.

Frösche, Bäume und Kälber

„Die Glör fanden wir schön. Wir haben einen Frosch gesehen. Wir haben auch bei der Glör gefrühstückt. Zudem haben wir viele Bäume und Pflanzen gesehen“, berichten Clara und Lara aus der Igelgruppe. Man sei auch gewandert und habe die Glör erkundet.

„Wir sind von der Schule zur Glör gelaufen. Als wir

dort angekommen sind, haben wir ein Foto gemacht. Auf dem Weg zurück zur Schule haben wir zwei Kälbchen auf der Wiese gesehen“, erzählt Delina, ebenfalls aus der Igelgruppe. „Die Glör ist leer, nur der kleine Bach und Felsen sind zu sehen und ganz viel Gras. Wir mussten im Wald leise sein, wegen der Tiere. Wir wollten sie schließlich sehen“, so Rebecca und Lenja, auch aus der Igelgruppe.

Glörtalsperre – Zahlen und Fakten

- Im Märkische Kreis gibt es insgesamt zehn Talsperren.
- Stauinhalt: 2,1 Millionen Kubikmeter Wasser.
- Im April 1929 wurde die Jugendherberge gebaut.
- Der Wanderweg um die Glör ist 3,2 Kilometer lang.
- Fische in der Glör (normalerweise): Karpfen, Zander Kleine Weißfische.
- Im Jahr 1904 bis 1906 wurde die Talsperre durch Aufstauung des Baches Glör errichtet. Sie versorgte die Kleineisen- und die Drahtindustrie mit Kühlwasser und Triebwasser für Wasserräder. Später diente sie als Notreserve für Trinkwasser.
- Die Staumauer ist 168 Meter lang und hat eine Höhe von 32 Metern.

Maya und Kylian (Giraffengruppe)

12.07.2018

Lüdenscheider Nachrichten

Matinee im Kulturbahnhof

Kulturstipendiat Andreas Ehelebe spielt

WERDOHL ▪ Noch bis Samstag läuft der Vorverkauf für die „Matinee in Klassik“, die das Kleine Kulturforum am kommenden Sonntag, 15. Juli, ab 11.30 Uhr im Werdohler Kulturbahnhof veranstaltet. Auftreten wird Andreas Ehelebe, 2017 Stipendiat der Märkischen Kulturkonferenz, am Kontrabass. Am Klavier begleitet wird er von Costin Filipoiu.

Werke von Schubert, Bach und Sperger

Die beiden Musiker spielen Werke von Franz Schubert, Johann Sebastian Bach und Johann Mathias Sperger.

Andreas Ehelebe und Costin Filipoiu sind im Märkischen Kreis nicht unbekannt. Im vergangenen Jahr trat das Duo mit einem Konzert in der Villa am Wall in Neuenrade auf. Andreas Ehelebe (24) war zudem zusammen mit dem Märkischen Jugendsinfonieorchester im Festsaal Riese zu sehen.

In der Akademie der Philharmoniker

Der Kontrabassist stammt gebürtig aus Wernigerode im Harz. Zurzeit lebt er in Berlin. Er spielt und bildet sich weiter im Gustav-Mahler-Jugendorchester, in der Orchesterakademie der Berliner Philharmoniker sowie an der Hochschule für Musik in Nürnberg.

Sein Partner Costin Filipoiu wurde in Bukarest (Rumänien) geboren und studierte Klavier an der Universität der Künste in Berlin. Nach seinem Examen bildete er sich weiter an den Hochschulen für Musik in Lübeck und in Nürnberg. Zurzeit ist er dort Lehrbeauftragter.

Karten gibt es zum Stückpreis von 8 Euro (Schüler, Studenten und Auszubildende zahlen 5 Euro) zu den Geschäftszeiten bei Optik Jung (Tel. 0 23 92 / 36 45), Freiheitstraße 13. Karten an der Abendkasse kosten 10 Euro.

12.07.2018

Süderländer Volksfreund